

Mit Mayer werden Marken international mobil

Europaabgeordneter vor großen Aufgaben: Europäisches Marken- und Aktienrecht im Mittelpunkt der Tätigkeit

Von Klaus Esslinger

Oldenburger Münsterland – Seit eineinhalb Jahren gehört Professor Dr. Hans Peter Mayer dem Europäischen Parlament an. Schon warten in der ersten Jahreshälfte dieses Jahres zwei große Aufgaben auf den Vechtaer Abgeordneten. Er ist Berichterstatter für das Europäische Markenrecht und erarbeitet gleichzeitig mit dem britischen Abgeordneten Bill Miller das Konzept für die Europäische Aktiengesellschaft. Berichterstatter sind im Parlament die Abgeordneten, die einen Gesetzentwurf erstellen und

durch die Ausschüsse und schließlich durchs Parlament bringen.

Beim Markenrecht geht es darum, dass Marken über Europa hinaus international gehandelt werden dürfen. Das bringt Flexibilität und den Vorteil für den Verbraucher, dass durch den Wettbewerb die Preise sinken werden. In dieser Frage arbeitet Mayer mit dem schwedischen Handels- und Wirtschaftsminister zusammen, der für diesen Bereich in den kommenden sechs Monaten der



Hans Peter Mayer

Ratspräsident ist. Mit den Schweden ist sich Mayer einig, dass das Markenrecht geöffnet werden muss. Am 15. Januar wird es darüber eine Sitzung des Rechts- und Binnenmarktausschusses geben. Der Gesetzentwurf soll im Februar ins Plenum eingebracht und in der April- oder Mai-Sitzung verabschiedet werden. Damit soll die Kommission gezwungen werden, die Öffnung des Markenrechts auf dem Verordnungsweg umzusetzen. Die schwedische Ratspräsidentschaft

möchte dieses Vorhaben innerhalb ihrer Amtszeit zum Abschluss bringen.

Die Europäische Aktiengesellschaft, daran wird schon seit 30 Jahren gearbeitet, soll Vorläufer für eine einheitliche europäische Sicht der juristischen Personen und schließlich auch der Vereine und Verbände sein. Die Aktiengesellschaft soll nicht die nationalen Gesellschaftsformen ersetzen, sondern diese sind Voraussetzung für das neue europäische Recht.

„Diese Aufgabe hätte eigentlich der Gipfel von Nizza lösen müssen, hat er aber nicht“, wie

Mayer mitteilte. Bei diesem Gesetz geht es unter anderem auch um die Mitarbeiterrechte, die in Deutschland ausgeprägt vorhanden sind, die es aber beispielsweise in Spanien überhaupt nicht gibt. Den Part der Mitarbeiterrechte übernimmt bei der Erarbeitung des Rechts der Brite Miller, der der Sozialistischen Fraktion im Parlament angehört.

Trotz dieser Aufgaben für das Jahr 2001 wird der Vechtaer Europaabgeordnete weiter in der Region präsent sein und dafür sorgen, dass das Europa-Büro in Vechta Anlaufstelle für alle Europafragen bleibt.